Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden. Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1,80 M. zuzügl. 40 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1,80 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 3 M., für auswärts 40 Pf. u. 3,50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 109 | Dresden, Mittwoch, den 11. Mai 1932 | 43. Jahrgang

Justizskandale in Sachsen

Unabhängige Richter?

In der gestrigen Sitzung des Landtages, in der über mancherlei recht fragwürdige Vorgänge in der sächsischen Justiz von den sozialdemokratischen Rednern das Notwendige gesagt wurde, mußte auch die Frage aufgeworfen werden, ob denn die sogenannte Unabhängigkeit der Richter unter den heutigen Verhältnissen noch erträglich sei. Die Richter genießen bekanntlich vor den übrigen Beamten weitgehende Vorrechte. Nur unter ganz besonderen Umständen können sie aus ihrem Amt entfernt oder versetzt werden. Sie sollen von Regierung und Parlament möglichst unabhängig sein.

Diese Unabhängigkeit der Richter war eine alte demokratisch-liberale Forderung, und es zeigt sich hier so recht, wie leicht die Entwicklung den Sinn einer Einrichtung geradezu ins Gegenteil verkehren kann. Dadurch, daß man den Richtern eine besonders gesicherte Stellung einräumte, sollten Recht und Gerechtigkeit gesichert werden. Die Richter sollten nicht zu fürchten brauchen, daß ihnen aus Urteilen, die der jeweiligen Regierung nicht paßten, irgendwelche persönliche Nachteile entstehen könnten.

Diese Forderung nach Unabhängigkeit der Richter wurde von den liberalen und demokratischen Parteien in einer Zeit vertreten, als das aufstrebende Bürgertum, aus dessen Reihen die Richter meist stammten, noch im Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus stand. Aber dieses Bürgertum, das einst für Freiheit und Gleichheit gegen Monarchenwillkür und Junkertum focht, wurde in Deutschland immer reaktionärer, je mehr die Arbeiterbewegung erstarkte und je größer die Angst vor den heranmarschierenden Arbeiterbataillonen wurde. Und so wurden auch die Richter getreue Diener der Regierung, und ihre Unabhängigkeit hat nicht verhindert, daß wir im alten Deutschland die schändlichste Klassenjustiz bekamen. War die Justiz im alten Reich schon schlimm genug, sie war doch immerhin gegen Parteien und Schichten gerichtet, die als Feinde der herrschenden Staatsform galten. Aber jetzt in der Republik ist es so weit gekommen, daß die Justiz vielfach nicht mehr ihre Aufgabe darin sieht, die jetzt geltende Staatsordnung zu verteidigen, sondern sie richtet sich in sehr vielen Fällen ganz unverblümt gegen die Verteidiger der Verfassung und der Republik. Die Richter sind milde, sehr milde, wenn Hitler-Banditen, Fememörder und ähnliches Gelichter vor ihnen stehen. Dafür aber sind überaus harte Urteile gegen die Verteidiger der Verfassung an der Tagesordnung.

Wir haben es in der deutschen Republik noch nicht so weit gebracht, um verhindern zu können, daß die Richter meist aus jenen Schichten kommen, die von dem neuen Deutschland nichts wissen wollen und gern jene Zeit wieder auferstehen lassen möchten, in der man königlich preußischer oder sächsischer Reserveleutnant werden konnte.

Die skrupellose Agitation der Nazis hat die Feindschaft gegen Demokratie und Republik gerade bei vielen von denen aufs äußerste gesteigert, die einst die Bänke einer Hochschule drückten, und das bekommen wir in der Rechtsprechung deutlich genug zu spüren. Ein Justizskandal folgt dem andern. So ist die sogenannte Unabhängigkeit der Richter eine recht fragwürdige Einrichtung geworden. Sie führt dazu, daß vielfach Recht und Gerechtigkeit verletzt werden, daß sich die Gerichte der Republik in den Dienst der Feinde des Staates stellen.

Die Unabhängigkeit der Richter wird erst dann wieder den guten Sinn bekommen, den sie einst haben sollte, wenn nicht mehr, wie heute im wesentlichen, die Richterstellen den Angehörigen des Bürgertums vorbehalten sind, sondern auch Menschen, die aus dem Proletariat hervorgehen, ungehemmt durch die heute vorhandenen, meist unüberwindlichen wirtschaftlichen Schranken in Richterstellen aufsteigen können.

•

Die Justizkritik im Landtage

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich! Auf diesem moralischen und rechtlichen Fundamentalsatz beruht die souveräne Stellung der Richter, von der Voraussetzung dieser Rechtsgleichheit beziehen sie ihre bevorzugte Stellung im Staatsleben, erhalten sie das Vorrecht der Unabsetzbarkeit. Aber längst ist in Deutschland der Grundsatz der Rechtsgleichheit zur Farce geworden und der Zustand unserer Justiz ist alles andere als objektive Rechtsprechung. Man könnte im Gegenteil von einer permanenten Rechtbrechung sprechen und die sächsische Justiz macht damit keine Ausnahme.

Im Mittelpunkt der ebenso sachlichen wie scharfen Landtagsdebatte stand am Dienstag die skandalöse Entscheidung der Chemnitzer Spruchkammer Hoffmann, der die Ungeheuerlichkeit fertigbrachte, nationalsozialistische Angeklagte der Aburteilung durch die republikanischen Richter Brodauf und Dr. Cohn zu entziehen mit der Begründung, daß solche Richter, die führend in einer republikanischen Partei tätig gewesen seien oder sich zum jüdischen Glauben bekennen, nicht die Fähigkeit besitzen, objektiv über nationalsozialistische Angeklagte zu Gericht zu sitzen. Dieser Fall hat weit über die Grenzen Sachsens hinaus berechtigtes Aufsehen erregt und hat die Rechtsprechung in Sachsen in ein chaotisches Durcheinander gestürzt.

Die sozialdemokratischen Redner, Genossen Böchel und Neu, gingen denn auch, jeder von seiner Seite aus, dieser juristischen und politischen Ungeheuerlichkeit mit der schärfsten Kritik zu Leibe. Während der Genosse Böchel die staatspolitischen Konsequenzen einer solchen richterlichen Entscheidung, die für die Staatsautorität und den Bestand der Republik von unübersehbarer Tragweite ist, eingehend behandelte und dabei eine geschichtliche Parallelle zog zu der Art, wie die Richter des kaiserlichen Obrigkeitsstaates früher die Sozialdemokraten behandelt hatten, schilderte Genosse Neu als der berufene Sachkenner auf diesem Gebiete die juristischen Folgen einer solchen Ablehnungspraxis. Vor seiner logischen Beweisführung zerstoben all die kleinen Kniffe, die man zur Stützung der Hoffmannschen Jurisprudenz angewandt hatte und der Fall löste sich auf als ein klarer Rechtsbruch. Der Eindruck seiner scharfen Argumentation war so stark, daß selbst der Volksparteiler Dr. Hickmann mit vielen Wenn und Aber zugeben mußte, daß in der letzten Zeit Zustände in der Rechtspflege eingerissen seien, die auch seiner Partei sehr bedenklich erschienen. Es könne nicht mehr bestritten werden, daß im Gerichtssaal Politik getrieben würde, und es lägen jetzt schon Tatsachen vor, die auch seiner Partei bekannt seien, die eine schwere Gefahr für die Rechtsprechung in sich bergen würden.

Eine traurige Rolle spielte wieder einmal der Minister, der als Hüter der Gerechtigkeit und als höchste Kontrollinstanz für eine objektive Rechtsprechung eingesetzt ist. Zwar mißbilligt er die skandalöse Entscheidung der Spruchkammer Hoffmann, aber es seien ihm keine Mittel an die Hand gegeben, gegen einen solchen Richter vorzugehen. Seine stammelnde Rechtfertigung wurde von der Linken des Hauses nur noch mit Heiterkeit entgegengenommen — auf der Rechten herrschte peinliche Verlegenheit.

Der Genosse Neu knöpfte sich dann den hilflosen Chef des Justizministeriums noch einmal besonders vor und wies ihm nach, daß in der Begründung des Landgerichtsdirektors Hoffmann über die Ablehnung der Richter Brodauf und Cohn so viel Unwahrheiten und Leichtfertigkeiten stecken, daß allein damit schon die Handhabe zu einer Versetzung und zu einem Disziplinarverfahren gegeben sei. Mit berechtigtem Stolz erklärte der Genosse Neu, daß die im Republikanischen Richterbund zusammengeschlossenen Juristen, die auf dem Boden des heutigen Staates und seiner Verfassung stehen, sich auch durch die Diffamierung der Nationalsozialisten nicht davon abhalten ließen, ihren Weg weiterzugehen bis zu dem Tage, an dem auch die deutsche Justiz sich endlich in ihrer Gesamtheit dem demokratischen Staatsgedanken unterordnen werde.

Das Gesamtresultat dieser Debatte war die Feststellung, daß das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege in schwerstem Maße gestört ist. Diese Ansicht reicht, wie die Ausführungen des volksparteilichen Redners ergaben, bis tief in die Reihen des Bürgertums hinein. Wenn wir bisher über Klassenjustiz zu klagen hatten, so stehen wir heute vor dem Zustand der unverhüllten Parteijustiz. Es war dringend notwendig, diesen Zustand einmal in öffentliche Beleuchtung zu stellen, um das Volk auf die Gefahr, die der Republik von den Herrschaften im Talar droht, aufmerksam zu machen. Die Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter ist das politische Problem des Tages geworden.

Naziradau im Reichstage

Sozialdemokratische Forderungen – Groener gegen Naziterror

Straßer sprengt die Sitzung

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Noch sechs Stunden brachten es am Dienstag die Nationalsozialisten über sich, ihre Roheit und Hemmungslosigkeit durch das Schauspielern von Disziplin zurückzudrängen. Dann war es aus. Die Rede, die der frühere Fliegerhauptmann Göring gegen das Verbot der SA. und SS. hielt, war eine einzige Lümmelei. Als dann der Minister Groener antwortete, unterbrach ihn die nationalsozialistische Fraktion hinter jedem Satz. Göring verlor alle Selbstbeherrschung. Immer wieder mußte ihm der sehr geduldige Vizepräsident Esser die Ausweisung androhen. Immerhin konnte Minister Groener seine Rede zu Ende bringen. Dann aber flog die Sitzung unter wüsten Lärmszenen auf. Straßer beantragte nämlich, das Reichskabinett möge sich sofort schlüssig werden, ob „dieser Mann noch weiter die Sicherheit des Landes und die öffentliche Ordnung gefährden dürfe". Wegen dieser ungeheuerlichen Beschimpfung eines Reichsministers verhängte der Vizepräsident die Ausweisung über Straßer. Dieser ging nicht. Der Vizepräsident verließ seinen Platz. Die Sitzung war aufgeflogen.

Reichsminister Groener hatte rednerisch keinen guten Tag. Aber er war von ehrlicher Entrüstung gegen die Verlogenheit und das nationale Pharisäertum der Nationalsozialisten erfüllt. Wiederholt ließ er durchklingen, daß auch Göring die Grenzen des Wortbruchs erreicht habe. Großes Aufsehen gab es, als Groener aus nationalsozialistischen Sturmbefehlen vorlas, daß im Falle eines polnischen Einfalls die SA. nicht etwa auf Befehl der ordnungsmäßigen Reichsregierung, sondern unter dem Kommando Hitlers eingesetzt werden solle. Erst wildes Entrüstungsgeschrei bei den Nationalsozialisten. Dann aber rief ein Schreckenskind in der nationalsozialistischen Fraktion: „Wir folgen Hitler, Ihnen nicht!" Also das klare Eingeständnis, daß die Nationalsozialisten selbst im Falle eines feindlichen Ueberfalls auf die polnischen Grenzen „dem System" den Gehorsam verweigern und sich gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung stellen wollen. Das ist es, was Hitler in Lauenburg nach Berichten ihm nahestehender Zeitungen gesagt hat, und was er jetzt nicht wahrhaben will.

Was Groener über SA. und Reichsbanner sagte, war vollkommen korrekt. Er gestand zu, daß dem Reichspräsidenten erlogenes Material gegen das Reichsbanner unterbreitet worden ist. Die Verfassungsmäßigkeit und der Wille zur Ordnung im Reichsbanner stehen außer allem Zweifel. An manchen Stellen wurde Groener recht scharf gegen rechts. So, als er die für die Nazibanditen bittere, aber treffliche Wahrheit aussprach: „Ohne SA. hätten wir Ruhe im Lande!"

Ob Groeners Rede bei allen Mitgliedern der Reichsregierung oder gar bei all den Parteigruppen, die diese Reichsregierung stützen, volle Zustimmung gefunden hat, ist zweifelhaft. Vielleicht hätten die Nationalsozialisten gerade nach dieser Groener-Rede etliche Aussichten gehabt, kleinere Rechtsgruppen zu taktischen Operationen gegen Groener und das Reichskabinett herüberzuziehen. Der neue Durchbruch ihrer Barbarei, ihres wilden Hasses gegen die Parteien der Mitte, ihrer Sabotage des Parlamentarismus und ihres wilden Terrors dürfte aber ihre Regierungsmündigkeit nicht nur im Reiche, sondern auch in Preußen wieder einmal stark in Zweifel gezogen haben.

So wurde denn auch eine Kandidatenrede, die am Mittag Gregor Straßer in eigener Angelegenheit für die preußische Ministerpräsidentschaft gehalten hatte, sehr in den Hintergrund gedrängt. Und wieviel Mühe hatte sich der Herr Apotheker aus Landshut in Niederbayern gegeben, um zu zeigen, daß er der gegebene Fachminister für das Land Preußen sei. Er entwickelte ein Programm für Siedlungen, für Meliorationen, für Urbarmachung von Oedländereien, freilich, ohne hinzuzufügen, daß das verruchte System Braun-Severing an diesen Aufgaben schon gearbeitet hat, als Gregor Straßer noch nicht einmal so weit war, nationalsozialistische Phrasen von sich zu geben. Seine geistigen Anleihen beim Marxismus muteten beinahe komisch an: Getreidemonopol, Unterbindung des spekulativen Zwischenhandels, Kontrolle der Lebensmittelmärkte usw. Es fehlte nur noch, daß er sich für Konsumorganisationen eingesetzt hätte. Es waren ganze Partien in seiner Rede, die den mittelständlerischen Wählern der NSDAP. böse in den Ohren klingen werden. Sogar den Gewerkschaften machte Straßer einige Freundschaftsbeteuerungen. Diese braven deutschen Gewerkschafter seien ganz etwas anderes als die marxistisch verrottete Sozialdemokratie.

Es klang das alles wie der Auftakt zu einer geistigen Auseinandersetzung zwischen dem sozialistisch verbrämten Na-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320511/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG